

## 2. EU Jugendbericht - Vertiefte Einblicke in ausgewählte Themenfelder

Rund 95,2 Millionen junge Menschen (Januar 2011) zwischen 15 und 29 Jahren leben derzeit in den 27 Mitgliedstaaten der EU. Werden Kroatien (Beitritt in 2013) und die Anwerbestaaten (Montenegro, Island, Mazedonien, Serbien) hinzugezählt, erhöht sich die Zahl der jungen Menschen um weitere 22 Millionen. Der Anteil der jungen Menschen variiert von 15% in Italien bis zu 23% in Zypern und 22% in Polen und der Slowakei. In Deutschland beträgt er 17%. In den Anwerbestaaten liegt der Anteil der jungen Menschen über dem EU-27 Durchschnitt. In der Türkei beträgt ihr Anteil über 25%. Der Anteil der jungen Menschen hat seit 2000 stetig abgenommen und wird zukünftig noch stärker sinken.

### Die soziale Lage junger Menschen

In der EU-27 liegt das Armutsrisiko für junge Menschen bei 29,1% und ist damit höher als das für Kinder (27,1%) und für die Gesamtbevölkerung (23,5%). Die Länder mit den höchsten Armutsgefährdungsraten sind Bulgarien, Lettland und Rumänien. Tschechien, Österreich und Slowenien weisen vergleichsweise niedrige Armutsgefährdungsraten auf. In den skandinavischen Ländern und den Niederlanden sind Jugendliche unter 18 Jahren besonders stark von Armut bedroht. Ursache ist das junge Alter, in dem junge Menschen dort den Haushalt der Eltern verlassen, um einen eigenen Haushalt zu gründen. Dieses Alter variiert in den Mitgliedsländern zum Teil deutlich. Junge Menschen, die länger im Haushalt ihrer Eltern leben, profitieren vom dortigen Lebensstandard. Diejenigen, die früh von zu Hause wegziehen, sind dagegen auf ihre eigenen Ressourcen angewiesen. Jugendarmut ist deswegen in den Ländern stärker verbreitet, in denen junge Menschen früher in die Eigenständigkeit entlassen werden und von ihrem eigenen Einkommen leben müssen. Paradoxerweise führen so bessere Perspektiven für junge Menschen zu einer zeitweise stärkeren Armutsgefährdung.

Zwischen 2009 und 2010 ist der Anteil der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von Armut bedroht sind, deutlich stärker angestiegen als in der Gesamtbevölkerung. Diese Entwicklung hängt vor allem mit dem steigenden Anteil von Personen zusammen, die in Haushalten mit geringer Arbeitsintensität leben, was mit den steigenden Arbeitslosenraten zusammenhängt. Zwischen 2008 und 2010 fiel der Anstieg der Armutsrisikorate für Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren in Irland, Lettland, Litauen und Ungarn am stärksten aus.

Junge Menschen, die weder zur Schule gehen, noch einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz haben, genannt NEETs („not in employment, education or training“), stellen eine soziale Gruppe, die besonders stark von sozialer Exklusion betroffen ist. Ein Teil dieser Gruppe hat das Bildungssystem ohne Abschluss verlassen und kann deswegen keinen Arbeitsplatz finden. In einigen EU-Ländern sind mehr Akademiker(innen) als gering Qualifizierte als NEETs einzustufen (Griechenland, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Finnland). NEETs sind auf Sozialtransfers angewiesen und von langfristiger sozialer und politischer Marginalisierung bedroht. Folgende Faktoren können Menschen zu NEETs machen: Eine Behinderung, ein niedriges Bildungsniveau, das Leben in einer abgelegenen Gegend, ein niedriges Haushaltseinkommen, arbeitslose Eltern, ungebildete Eltern und geschiedene Eltern. Im Jahr 2011 wurden im Durchschnitt 12,9% der jungen Menschen in der EU-27 als NEETs

klassifiziert. Die höchsten Raten finden sich in Bulgarien (22%), Irland (18%), Griechenland (17%), Spanien (19%) und Rumänien (16%).

Migrant(inn)en und ethnische Minderheiten (vor allem Roma) bilden eine zweite Risikogruppe, die besonders von sozialer Exklusion betroffen ist. Oft leiden diese Gruppen an einer ganzen Reihe von Benachteiligungen, die ihre gesellschaftliche Marginalisierung und Armut zementiert. Zum einen fehlt das Sozialkapital, das eine Integration in die Gesellschaft ermöglicht. Die Verbindungen zur örtlichen Gesellschaft sind in der Regel nur schwach ausgebildet. Es fällt den Personen schwer, Informationen über Bildungsangebote und ähnliches zu erhalten. Hinzu kommt, dass es der ersten Generation oft an Sprachkompetenz fehlt. Ethnischen Minderheiten stehen häufig nur die qualitativ schlechtesten Einrichtungen des Bildungssystems offen, so dass effektives Lernen nicht möglich ist. Soziale Segregation und Diskriminierung kann zu Frustration und dem Ausscheiden aus dem Bildungssystem führen. Im Jahr 2009 verließen in der EU-27 26,3% der Migrant(inn)en das Schulsystem ohne Schulabschluss. Bei der einheimischen Bevölkerung waren es nur 13,1%. In Griechenland waren es 34,5%, in Italien 25,6% und in Spanien 17,1%.

### **Beteiligung junger Menschen**

Die Beteiligung junger Menschen im demokratischen Gemeinwesen hat unter der Krise bisher nicht gelitten. Der European Social Survey (ESS) von 2010 bescheinigt jeder/jedem Vierten 15 bis 29-Jährigen ein mittelmäßig ausgeprägtes politisches Interesse und stellt im Vergleich zu 2002 ein annähernd gleiches Bild des Interesses dar. Junge Menschen zeigen sich ebenso als eine treibende Kraft sozialer Bewegungen in Europa und darüber hinaus. Dabei bevorzugen sie weniger institutionalisierte Formen von Beteiligung wie das Engagement in einer Nicht-Regierungsorganisation, die Mitarbeit in lokalen Initiativen oder sozialen Bewegungen. Diese wie auch Straßendemonstrationen, die Besetzung öffentlicher Plätze und andere Proteste motivieren insbesondere die Jüngeren unter den jungen Menschen zur Beteiligung. Insgesamt hat der Anteil der jungen Menschen, die sich in Organisationen der Zivilgesellschaft engagieren, leicht zugenommen. Dieser Trend ist insbesondere auf ein stark wachsendes Engagement in Dänemark, Deutschland, Finnland und Schweden zurück zu führen. In den anderen Mitgliedstaaten – außer Tschechien mit einem außergewöhnlichen Rückgang des Engagements – gibt es nur kleinere Veränderungen. Im Blick auf die Beteiligung an Wahlen und die Attraktivität von politischen Parteien ist dagegen keine Zunahme zu verzeichnen. Die Beteiligung an Wahlen ist weiter gering - nur 29% der Jugendlichen zwischen 18 und 30 Jahren haben sich beispielsweise an der Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2009 beteiligt. Dagegen geben in der Eurobarometer-Umfrage „Youth on the Move“ 2011 80% der wahlberechtigten junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren an, in den letzten drei Jahren sich an Wahlen auf lokaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene beteiligt zu haben. Die Wahlbeteiligung steigt mit zunehmendem Alter, liegt aber unter dem Durchschnitt älterer Menschen. In Parlamenten (3%) sowie in repräsentativen Institutionen (2%) ist der Anteil junger Menschen unter 30 Jahren sehr gering. Ein ganz entscheidender Motivationsfaktor zur Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben ist für junge Menschen die Voraussetzung, dass ihr Engagement reale Wirkung erzeugt und sie in Entscheidungsprozessen einen echten Anteil haben.

Neue Möglichkeiten der Beteiligung eröffnen sich für junge Menschen durch die neuen Medien. Sie gehören zur größten Gruppe der Nutzer(innen) von Online-Foren, Chats, Blogs und sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter. Virtuelle Räume haben für sie die gleichen Basisfunktionen wie physische Räume und ermöglichen ihnen dort ebenso Interaktionen, um gemeinsam Interessen zu verfolgen. Beteiligung in den neuen Medien kann reales Engagement unterstützen und Wege zu Engagement aufzeigen. Insgesamt ist eine hohe Zahl junger Menschen zu verzeichnen, die über das Internet in Kontakt zu öffentlichen Organisationen

tritt, sich im Internet Informationen beschafft wie auch dort sich eine Meinung bildet und in den Austausch über politische und soziale Angelegenheiten tritt.

### **Non-formale Bildung**

Non-formale Bildung findet hauptsächlich im Kontext von Jugendarbeit statt. In der EU-27 nahmen in 2011 9,1% der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren an Aktivitäten der non-formalen Bildung teil. Dieser Wert schwankt seit 2004 nur wenig zwischen 9,5% und 9,1%. Dabei sind sehr große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu verzeichnen: In Dänemark, Zypern, Schweden und Großbritannien werden die höchsten Raten erreicht (zwischen 35% und 23,1%). In der Hälfte der Mitgliedstaaten liegt die Rate jedoch unter 5%. Und in der gesamten EU nehmen Mädchen und junge Frauen deutlich häufiger an Angeboten non-formaler Bildung teil. Der Bericht betont im Kontext der non-formalen Bildung die bedeutende Rolle von Jugendarbeit in der Unterstützung von Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung im Blick auf ihre Rolle unter Gleichaltrigen und in der Gesellschaft. Jugendarbeit trägt wesentlich dazu bei, dass junge Menschen einen aktiven Part in ihren besonderen Interessengebieten einnehmen können. Jugendarbeit erreicht dabei ebenfalls junge Menschen, die benachteiligt sind, die von Armut betroffen sind und sozialen Risiken ausgesetzt sind. Zum Bereich der non-formalen Bildung zählt auch das Freiwillige Engagement junger Menschen. In 2011 war laut dem Eurobarometer „Youth on the Move“ eine(r) von vier als Ehrenamtliche(r) aktiv. Verglichen mit Daten aus 2007 hat das Engagement junger Menschen in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen. Eine Ausnahme bilden Griechenland, Italien, Ungarn, Slowakei und Finnland. Einen großen Anstieg (20%) hat es in Irland, Litauen und Rumänien gegeben. Die 15 bis 19-Jährigen unter den jungen Menschen bilden die größte Gruppe unter den Engagierten. Die Hälfte der Engagierten sind dabei in lokale Aktivitäten eingebunden. Als wichtige Faktoren der Förderung freiwilligen Engagements nennt der Jugendbericht das Vorhandensein von rechtlichen Rahmenbedingungen, politisch unterstützenden Aktivitäten sowie finanzielle Unterstützungssysteme und Systeme der Anerkennung von erworbenen Kompetenzen.

### **Mobilität**

Die Umfragen ergeben in Bezug auf die Mobilität von jungen Menschen ein differenziertes Bild je nach Zielgruppe. Insgesamt hat die Mobilität von jungen Menschen zugenommen. Es ist selbstverständlicher, im europäischen Ausland zu studieren, zu arbeiten, einen Freiwilligendienst zu absolvieren oder aus privatem Anlass ins Ausland zu reisen. Nach stark steigenden Tendenzen ist allerdings seit 2008 mit Beginn der Krise eine Stagnation oder ein leichter Rückgang zu beobachten. Der Anteil von EU-Ausländer(inne)n in den Mitgliedstaaten variiert dabei sehr stark. In Luxemburg beträgt er 40%. Weitere Länder mit einem hohen Anteil sind Belgien, Irland, Spanien und Zypern. Im Kontrast dazu ist die Zahl der EU-Ausländer(innen) in Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen und Slowenien sehr gering. In 2010 und 2011 ist die Mobilität/Migration von südlichen EU-Mitgliedstaaten auf durchschnittlich 45% angestiegen. Die Gruppe der gut ausgebildeten jungen Menschen mit einem höheren Abschluss ist dabei deutlich mobiler als weniger gut ausgebildete. Die Eurobarometer-Ergebnisse „Youth on the Move“ 2011 zeigen jedoch, dass die große Mehrheit von jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren noch nie zu Lern- oder Ausbildungszwecken im Ausland waren (77%) und dass ihre Bereitschaft, im europäischen Ausland zu leben, eher gering ist. 20% gaben an, sie hätten zumindest einen Monat zu Arbeitszwecken im EU-Ausland verbracht. Die höchsten Anteile sind in Zentral- und Osteuropa zu finden. In Polen und Rumänien haben jeweils 20% der jungen Menschen schon mal im Ausland gearbeitet. In der Slowakei und in Irland haben jeweils 27% und 26% der jungen Menschen Arbeitserfahrung im Ausland. In Belgien, Griechenland, Italien, den Niederlanden und Slowenien betrug der Anteil nicht mehr als 5%. Die Motivati-

on, im Zuge eines Freiwilligendienstes ins europäische Ausland zu gehen, ist ebenfalls gering. Nur 2% gaben dies als Grund an.

### **Formale Bildung**

Junge Menschen verbringen heute in der EU durchschnittlich 17 Jahre in formalen Bildungseinrichtungen. Dabei variieren die Werte zwischen 15 Jahren in Luxemburg und Slowenien und 20,5 Jahren in Finnland. Seit 2005 steigt die Verweildauer. Dies kann auf die Verlängerung von Pflichtschulzeiten und den Ausbau höherer Schulbildung in den Mitgliedstaaten zurückgeführt werden. In 2010 betrug der Anteil in der EU-27 der 20 bis 24-jährigen Absolvent(inn)en höherer Schulbildung 79%. Das ist ein leichter Anstieg zum Durchschnitt, der 2000 noch 76,6% betrug. Trotz des positiven Trends gibt es Mitgliedsländer wie Malta und Spanien, die weit unter diesen Zahlen bleiben, und in Dänemark, Luxemburg, Spanien und Finnland sind die Zahlen seit 2000 gesunken. An der Spitze des positiven Trends stehen Tschechien, Polen, Slowakei und Slowenien. Unterschiede beim Erreichen der höheren Schulbildung bestehen auch zwischen den Geschlechtern. Unter den 20 bis 24-Jährigen erreichen diese 82,4% der jungen Frauen und 76,7% der jungen Männer. Die Rate der Jugendlichen, die im Alter von 18 bis 24 Jahren eine höhere Schulbildung nicht abgeschlossen haben, ist gesunken. In 2011 betrug die Rate 13,5%, damit 3,5% weniger als in 2000. Auch dies betrifft mit 15,3% mehr junge Männer als junge Frauen (11,6%).

### **Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung**

Die Zahl junger Menschen, die sich nicht in Beschäftigung, Ausbildung oder Weiterbildung befinden, steigt seit 2008. Die Jugendarbeitslosenquote in der EU erhöhte sich von 15% im Februar 2008 auf 22,6% im Juni 2012. Die höchsten Jugendarbeitslosigkeitsraten werden von Spanien (52,9%) und Griechenland (53,8%) erreicht. Die niedrigsten Quoten verzeichneten im Januar 2012 Deutschland (7,8%), Österreich (8,9%) und die Niederlande (9,0%). Parallel zur allgemeinen Jugendarbeitslosigkeit nimmt auch die Langzeitarbeitslosigkeit junger Menschen zu: In der Gruppe der 15 bis 24-Jährigen ist die Langzeitarbeitslosigkeit seit dem Jahr 2007 von 27,8% auf 31,9% im Jahr 2011 geklettert. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung rückläufig. In Spanien hat sich die Rate der Langzeitarbeitslosen unter den 15 bis 24-Jährigen in vier Jahren verdreifacht (auf 32,4%). Die höchsten Langzeitarbeitslosigkeitsraten weisen die Slowakei (54,4%), Bulgarien (49,8%), Italien (47,1%) und Irland (45,8%) auf. In Dänemark, Finnland und Schweden finden die 15 bis 24-Jährigen deutlich schneller Arbeit. In diesen Ländern waren 2011 weniger als 10% für 12 Monate oder länger arbeitslos.

Die Dauer der Arbeitssuche nach dem Abschluss der Ausbildung hängt von der Qualität des Bildungsabschlusses ab. Personen mit Universitätsabschluss benötigen innerhalb der EU-27 im Durchschnitt weniger Zeit (5 Monate) als Personen mit Sekundärausbildung (9,8 Monate). Je besser die Ausbildung, desto geringer das Risiko arbeitslos zu werden und desto geringer die Zeit der Arbeitssuche. Bei den 25 bis 29-Jährigen mit Abitur oder Universitätsabschluss lag die Arbeitslosenrate im Jahr 2011 bei 11,3% und damit etwas höher als im Vorjahr (9,2%). Bei den 25 bis 29-Jährigen mit Haupt- oder Realschulabschluss lag die Arbeitslosenrate hingegen bei 24,3% (2011). Die Gefahr arbeitslos zu werden, hat sich auch für Akademiker(innen) leicht erhöht, obwohl sie von dem generellen Trend zu mehr Arbeitslosigkeit weniger stark betroffen sind. In Griechenland, Italien, Rumänien, Zypern und Portugal ist die Situation umgekehrt. Dort sind die Berufsaussichten für Akademiker(innen) schlechter als für weniger gut Qualifizierte. Personen mit geringer formeller Bildung oder ohne Schulabschluss haben dort bessere Berufschancen. An der Universität erworbene Fertigkeiten finden auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage. Die Wirtschaftskrise hat in den genannten Ländern die Berufsperspektiven für „überqualifizierte“ Akademiker(innen) noch einmal verschlechtert. Junge Akademiker(innen) haben größere Probleme einen Job zu finden, der ihrer Qualifikation ent-

spricht, als andere Arbeitssuchende. In einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2011 erklärten 47% der Akademiker(innen), es gebe keine geeigneten Arbeitsplätze, die ihrer Qualifikation entsprächen. Vor allem in Spanien, Griechenland, Italien und Portugal klagten junge Akademiker(innen) über einen Mangel passender Jobangebote. Überqualifizierung oder eine falsche Qualifizierung sind innerhalb der EU-27 ein verbreitetes Problem. Die höchsten Anteile überqualifizierter junger Arbeitnehmer(innen) finden sich in Spanien, auf Zypern und in Irland. Dort befand sich im Jahr 2010 jede(r) dritte junge Akademiker(in) in einem Beschäftigungsverhältnis, das keinen Universitätsabschluss voraussetzt. Wenig überraschend ist die Erkenntnis, dass neben der manifesten Überqualifizierung vieler akademisch gebildeter Bewerber(innen) der Mangel an Jobs eine Ursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist. In der bereits genannten Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2011 erklärten 53% aller Befragten, es gebe in ihrer Stadt oder Region derzeit keine freien Arbeitsplätze.

Im Vergleich vor zehn Jahren sind junge Menschen in der EU-27 heute eher bereit, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Die Zahl hat sich in der Altersgruppe der 25 bis 29-Jährigen ungefähr verdoppelt.

Eine qualifizierte Berufsberatung während der Schulzeit kann jungen Menschen helfen, ihre Qualifikationen besser auf die Erfordernisse am Arbeitsmarkt abzustimmen. Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Befragten im Kontext der Schulbildung keine Berufsberatung erhielt, während jede(r) Vierte mit der erhaltenen Beratung nicht zufrieden war. Fehlende Berufserfahrung erschwert die Arbeitssuche junger Menschen zusätzlich. Praktika können dazu beitragen, diese Berufserfahrung zu schaffen. So gaben in der Eurobarometer-Umfrage „Beschäftigung und Sozialpolitik“ aus dem Jahr 2011 61% der Befragten an, Berufserfahrung sei der wichtigste Faktor, um einen Arbeitsplatz zu finden. 44% der Befragten, die ein Praktikum absolviert hatten, gaben an, dass es ihnen bei der Suche nach einem festen Arbeitsplatz geholfen habe. 17% gaben an, dass der Praktikumsplatz beim Finden eines kurzfristigen Arbeitsplatzes geholfen habe.

November 2012  
Doris Klingenhagen  
Referentin für europäische Jugendpolitik